



P R O T O K O L L

97. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 21. Juni 1995
[10.10.01]

16.00-19.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

keine Sitzung

Abwesend Nachmittag:

Franz Ammann, Danilo Assolari, Patrizia Bogner, Barbara Fünfschilling, Ruth Greiner, Reto Immoos, Claude Janiak, Max Kamber, Andres Klein, Peter Niklaus, Ernst Schäfer, Paul Schär und Urs Steiner

Kanzlei:

Walter Mundschin

Protokoll:

Erich Buser und Hans Artho

STICHWORTVERZEICHNIS

Begnadigungsgesuch	
D.E.	3307
Handarbeitslehrerinnen	
Gleichstellung	3317
Hauswirtschaftslehrerinnen	
Gleichstellung	3317
Jahresbericht und Rechnung für das Jahr 1994	
Basellandschaftliche Kantonalbank	3308
Landratsbeschluss	3307, 3308, 3311, 3316, 3318
Pers.Vorstösse, Begründung	3319
Sicherheitsinspektorat	
Jahresbericht 1994	3318
Staatsrechnung	
1994	3312
Voranschlag 1995	
Änderungen	3316
Vorstehers der Finanzkontrolle	
Wahl	3307

TRAKTANDEN

1. 95/130
Bericht der Petitionskommission vom 12. Juni 1995:
Begnädigungsgesuch des D.E.
abgelehnt 3307

2. 95/133
Bericht der Finanzkommission vom 14. Juni 1995: Wahl
des Vorstehers der Finanzkontrolle für den Rest der
Amtsperiode bis 31. März 1998
Roland Winkler gewählt 3307

3. 95/58
Berichte des Regierungsrates vom 21. März 1995 und der
Spezialkommission vom 8. Juni 1995: Jahresbericht und
Rechnung für das Jahr 1994 der Basellandschaftlichen
Kantonalbank
genehmigt 3308

4. 95/89
Berichte des Regierungsrates vom 11. April 1995 und der
Finanzkommission vom 12. Juni 1995: Staatsrechnung
1994
genehmigt 3312

5. 95/113
Berichte des Regierungsrates vom 16. Mai 1995 und der
Finanzkommission vom 14. Juni 1995: Änderungen im
Voranschlag 1995
beschlossen 3316

6. 95/105
Berichte des Regierungsrates vom 2. Mai 1995 und der
Personalkommission vom 8. Juni 1995: Gleichstellung
der Handarbeitslehrerinnen mit den Hauswirtschafts-
lehrerinnen
beschlossen 3317

7. 95/40-10
Berichte des Regierungsrates vom 11. April 1995 und der
Spezialkommission vom 2. Juni 1995: Jahresbericht
1994 des Sicherheitsinspektorates Kanton Basel-Land-
schaft
Beratung 3318

Die folgenden Traktanden wurden nicht behandelt:

8. 95/106
Berichte des Regierungsrates vom 2. Mai 1995 und der
Justiz- und Polizeikommission vom 31. Mai 1995: Revi-
sion des Gesetzes vom 10. Mai 1973 über das Halten von
Hunden. 2. Lesung

9. 95/131
Bericht des Regierungsrates vom 13. Juni 1995: Bestim-
mung der Zahl der Gerichtskammern und der Gerichts-
mitglieder beim Bezirksgericht Laufen im Sinne des § 1
Absatz 3 des revidierten Gerichtsverfassungsgesetzes.
Direkte Beratung

10. 95/59
Berichte des Regierungsrates vom 21. März 1995 und der
Umwelt- und Gesundheitskommission vom 6. Juni
1995: Nichtformulierte kantonale Volksinitiative für
eine gemeinsame Kinderklinik beider Basel

11. 95/61
Berichte des Regierungsrates vom 21. März 1995 und der
Bildungskommission vom 12. Juni 1995: Zeitgenössi-
sche Kunst- und Kulturförderung im Kanton Basel-
Landschaft; Bericht 1990-1994 und Perspektiven 1995-
2000

12. 95/134
Fragestunde (6)

13. 95/98
Interpellation von Danilo Assolari vom 27. April 1995:
Äusserungen von Regierungsrat P. Schmid zu den Zu-
satzbeschlüssen des Landrates zum Universitätsvertrag.
Antwort des Regierungsrates

14. 95/100
Interpellation von Liselotte Schelble vom 27. April
1995: Definitive Konzessionen für private Radiosender
in der Region Basel. Schriftliche Antwort vom 13. Juni
1995

15. 95/122
Interpellation von Dr. Claude Janiak vom 29. Mai 1995:
Schlichtungsverfahren gemäss § 11 Gleichstellungsgesetz (GlG). Antwort des Regierungsrates

16. 95/75
Interpellation von Marcel Metzger vom 23. März 1995:
Kommunikationsnetze, Wettbewerbsfähigkeit und Ar-
beitsplätze. Schriftliche Antwort vom 23. Mai 1995

17. 95/99
Interpellation von Verena Burki-Henzi vom 27. April
1995: Mifepriston (RU 486): Ja, aber.... Schriftliche An-
wort vom 30. Mai 1995

18. 95/115
Postulat des Büros des Landrates vom 18. Mai 1995:
Regionale Zusammenarbeit

Nr. 2640

1. 95/130
Bericht der Petitionskommission vom 12. Juni 1995: Begnadigungsgesuch des D.E.

ELISABETH NUSSBAUMER schickt voraus, dass sich die Petitionskommission bei der Beurteilung von Begnadigungsgesuchen jeweils auch mit der Straftat, dem Urteil und den momentanen Lebensumständen der Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller auseinandersetze und deren Zukunftsaussichten beim Entscheid grosse Bedeutung beimesse. Es gelte dabei zu beurteilen, ob eine Strafverbüßung hinsichtlich der Resozialisierung einen grossen Rückschlag bedeuten oder unter Umständen wesentlich bessere Zukunftsperspektiven eröffnen würde als eine Begnadigung.

Im vorliegenden Fall sei die Kommission zur Überzeugung gekommen, dass die schwierige psychische Situation des Gesuchstellers durch eine Begnadigung nicht wesentlich verbessert werden könne und der Abbau der massiven Schuldgefühle und Ängste durch eine psychotherapeutische Behandlung innerhalb eines "geschützten Rahmens" im Strafvollzug wahrscheinlich besser möglich wäre, zumal seine Alltagssituation durch Arbeitslosigkeit und Trennungswirren in der Familie sehr belastet werde. Dies seien die wesentlichsten Gründe gewesen, die die Petitionskommission bewogen hätten, dem Rat die Ablehnung des Begnadigungsgesuchs zu beantragen.

Im übrigen sei bei der Europäischen Menschenrechtskommission noch ein Verfahren hängig, und der Vollzug der Strafe bleibe verwaltungsseitig bis zum Abschluss aller Rechtsmittelverfahren eh sistiert.

://: Der Rat beschliesst gemäss Antrag der Petitionskommission einstimmig, das Begnadigungsgesuch abzulehnen.

*Landratsbeschluss
betreffend Begnadigungsgesuch des D.E.*

Vom 21. Juni 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Das Begnadigungsgesuch des E. D. wird abgelehnt. (Der Vollzug der Strafe wird verwaltungsseitig sistiert, bis die hängigen Rechtsmittelverfahren abgeschlossen sind)

Verteiler:

- Gesuchsteller (eingeschrieben)
- Obergericht, 4410 Liestal
- Dr. Pierre Joset, Advokat, Hauptstrasse 46, 4102 Binningen
- Abteilung Strafvollzug, Kanonengasse 20, 4410 Liestal
- Abteilung Massnahmenvollzug, Kanonengasse 20, 4410 Liestal (mit Akten)
- Landeskanzlei

Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 2641

2. 95/133
Bericht der Finanzkommission vom 14. Juni 1995: Wahl des Vorstehers der Finanzkontrolle für den Rest der Amtsperiode bis 31. März 1998

RUTH HEEB kommentiert den Kommissionsbericht und beantragt dem Rat namens der einstimmigen Finanzkommission, Roland Winkler-Weber als Vorsteher der Finanzkontrolle per 1. Januar 1996 zu wählen und den Regierungsrat zu beauftragen, die Lohneinstufung des neuen Vorstehers der Finanzkontrolle in Absprache mit der Finanzkommission vorzunehmen.

ADRIAN BALLMER erklärt, dass der Eindruck entstehen könne, die Finanzkommission habe sich die Sache leicht gemacht und einfach den bisherigen Stellvertreter zum Nachfolger des Vorstehers der Finanzkontrolle vorgeschlagen. Dies treffe jedoch nicht zu, denn der Wahlausschuss sei erst nach intensiven Vorstellungsgesprächen mit den Kandidaten in der engeren Wahl zu diesem klaren Ergebnis gekommen. Roland Winkler habe sich sowohl mit seiner Sachkompetenz als auch mit seinen Führungsqualitäten überzeugend durchgesetzt. Als Beteiligter an der Strukturanalyse stehe er voll hinter deren Ergebnissen, was der Kommission sehr wichtig erscheine. Die FDP-Fraktion beantrage dem Rat einstimmig, Roland Winkler als Vorsteher der Finanzkontrolle zu wählen.

JOSEF ANDRES ist davon überzeugt, dass der Landrat mit dieser Wahl über einen der wichtigsten Posten entscheide, den der Kanton zu vergeben habe. Als Mitglied des Wahlausschusses der Finanzkommission könne er bestätigen, dass man entsprechend der Wichtigkeit dieser Position eine sehr gründliche und faire Evaluation vorgenommen habe. Die CVP-Fraktion stehe einstimmig hinter der Nomination von Roland Winkler und beantrage dem Rat, ihn als neuen Vorsteher der Finanzkontrolle zu wählen.

ROLAND LAUBE gibt bekannt, dass sich die SP-Fraktion einstimmig hinter die Wahl von Roland Winkler stelle und glaube, mit ihm eine Person gefunden zu haben, die eine gute Zusammenarbeit mit der Finanzkommission und dem Parlament gewährleiste.

HILDY HAAS erklärt, dass sich auch die SVP/EVP-Fraktion einstimmig hinter diese Nomination stelle.

Titel und Ingress: Keine Wortbegehren

Ziffer 1

://: Der Landrat wählt einstimmig Roland Winkler-Weber, geboren am 30. März 1953, Mettelenweg 28, 4456 Tenniken, bisher Stellvertreter des Vorstehers der Finanzkontrolle, als Vorsteher der Finanzkontrolle per 1. Januar 1996.

Ziffer 2

://: Der Regierungsrat wird einstimmig beauftragt, die Lohneinstufung des neuen Vorstehers der Finanzkontrolle in Absprache mit der Finanzkommission vorzunehmen.

Landratsbeschluss

betreffend Wahl des Vorstehers der kantonalen Finanzkontrolle

Vom 21. Juni 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Landrat wählt Roland Winkler-Weber, geboren am 30. März 1953, Mettelenweg 28, 4456 Tenniken, bisher Stellvertreter des Vorstehers der Finanzkontrolle, als Vorsteher der Finanzkontrolle per 1. Januar 1996.
2. Der Regierungsrat nimmt die Lohneinstufung des neuen Vorstehers der Finanzkontrolle in Absprache mit der Finanzkommission vor.

Verteiler:

- Roland Winkler-Weber, Mettelenweg 28, 4456 Tenniken
- Beamtenversicherungskasse, Arisdörferstrasse 2, 4410 Liestal
- Finanz- und Kirchendirektion
- Finanzkontrolle
- Finanzverwaltung
- Personalamt

Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 2642

3. 95/58

Berichte des Regierungsrates vom 21. März 1995 und der Spezialkommission vom 8. Juni 1995: Jahresbericht und Rechnung für das Jahr 1994 der Basellandschaftlichen Kantonalbank

ESTHER AESCHLIMANN, Präsidentin der Spezialkommission, kommentiert den Kommissionsbericht und hebt hervor, dass die gemeinsame Sitzung von grosser Offenheit seitens der Bankgremien geprägt gewesen sei. Die Verantwortlichen der Basellandschaftlichen Kantonalbank hätten alle Fragen der Spezialkommission eingehend beantwortet und sämtliches Zahlenmaterial verständlich und transparent dargestellt, wofür sie ihnen an dieser Stelle nochmals danke.

Es sei das letzte Mal gewesen, dass eine Spezialkommission diese Prüfungsaufgabe wahrgenommen habe, denn in Zukunft falle sie in den Kompetenzbereich der Finanzkommission.

Zum Rechnungsabschluss sei zusammenfassend zu sagen, dass die Bank ihr überdurchschnittliches Wachstum im gesamtschweizerischen Vergleich auch im Jahre 1994 habe fortsetzen und den Reingewinn um 5,1% auf 40,9 Mio Franken habe steigern können. Wesentlich dazu beigetragen habe die Integration der Sitze in Grellingen und Laufen. Die Ertragsentwicklung habe demgegenüber eine Verschlechterung erfahren, die auf eine negative Entwicklung im Zinsdifferenzgeschäft - der wichtigsten Ertragsquelle der Bank - zurückzuführen sei. Der Zinsensaldo habe sich im Rechnungsjahr um 19,5% bzw. 16,3 Mio Franken verringert. Der Bilanzgewinn betrage 25,9 Mio Franken, und die Zuweisungen an die Reserve und an den Kanton beliefen sich auf je 12 Mio Franken.

Zum Erfolg der Basellandschaftlichen Kantonalbank habe auch ihr Personal beigetragen, dem ebenfalls der beste Dank gebühre.

Im Namen der Spezialkommission beantrage sie dem Rat die Genehmigung des Geschäftsberichts und der Rechnung der Basellandschaftlichen Kantonalbank für das Jahr 1994.

HANSRUEDI BIERI erklärt, die FDP-Fraktion sei erfreut über die gutgeführte, starke Kantonalbank, die sicher nicht zum Kreis jener Kantonalbanken gehöre, der sich in den letzten Jahren zum Teil selbst ins Gespräch gebracht habe. Den Verantwortlichen der Bank danke seine Fraktion für die gute und offene Präsentation der Rechnung 1994 und auch für die fundierte Beantwortung der Fragen der Kommission.

Nicht jede Bank sei eine Ruhebanks, denn die Bankenwelt befinde sich zur Zeit allgemein im Fluss. Um so beachtlicher sei es, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank einmal mehr ein überdurchschnittliches Wachstum verzeichnen und sich in der rauen wirtschaftlichen Landschaft gut behaupten könne, wenn auch der Cash-flow wegen der schlechteren Zinsmargen etwas zurückgegangen sei. Der Landrat müsse sich bewusst sein, sich mit der Kantonalbank aufgrund unterschiedlicher Erwartungen - möglichst hohe Erträge und Zuweisungen im kantonalen Interesse und zurückhaltende Hypothekarzinsgestaltung aus Sicht der Schuldner - stets in einem gewissen Zielkonflikt zu befinden.

Als beachtlich beurteile er die sehr hohen Marktanteile in den verschiedenen Segmenten, die die Kantonalbank bearbeite. Vorallem im Hypothekenbereich dürfe die Bank ihre Leaderposition nicht nur als Ausdruck ihres guten Images in der Bevölkerung verstehen, sondern sie müsse darin auch ihre grosse volkswirtschaftliche Verantwortung erkennen. Da die Konkurrenz nicht ruhe, könne sich die KB nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen.

Die FDP-Fraktion nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, dass trotz immer noch angespannter Wirtschaftslage der Rückstellungsbedarf der Bank gesunken sei. Risikolosigkeit könne allerdings nicht das Ziel einer solchen Unternehmung sein, weil dann nichts mehr laufe. Gefragt sei eine gesunde Risikobereitschaft, die der KB ermögliche, einen wichtigen Beitrag an die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu leisten. In diesem Sinne begrüsse seine Fraktion die ständige Vorwärtsstrategie der Bank, die sich vorallem in einer Erweiterung der Ertragsparten und einer organisatorischen Ausrichtung auf die Kundeninteressen manifestiere.

Was die in letzter Zeit entfachte Diskussion um den Status der Kantonalbanken, die Staatsgarantie, die Privatisierung usw. anbelange, halte es seine Fraktion für wichtiger, die Kantonalbank sich innerhalb der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen frei entfalten zu lassen, als ihr politische Leitplanken zu setzen. Sie begrüsse aber auch die angestrebten Kooperationen mit anderen Kantonalbanken, u.a. der baselstädtischen.

Die FDP-Fraktion danke der Führung und dem Personal der Basellandschaftlichen Kantonalbank für den geleisteten Einsatz und wünsche ihnen auch in Zukunft viel Erfolg. Ferner beantrage sie dem Rat einstimmig, die Rechnung und den Jahresbericht 1994 zu genehmigen.

KURT LAUPER bezeichnet es als erfreulich, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank ein grösseres Wachstum der Bilanzsumme als vergleichbare Bank-

institute in der Schweiz verzeichnen könne. Wenn auch der Reingewinn mit 5,1% nicht immens gestiegen sei, dürfe er doch als anständig bezeichnet werden.

Die Zunahme der Bilanzsumme sei teilweise auf die Übernahme der Filialen Grellingen und Laufen von der Berner Kantonalbank und der Ersparniskasse des unteren Baselbiets zurückzuführen. Bei diesen per 1. Januar 1994 erfolgten Übernahmen habe es keine Schwierigkeiten und negativen Überraschungen gegeben.

Der starke Anstieg bei den Hypotheken sei erfreulich, habe aber sicher auch Nachteile, wenn er mit einem geringeren Wachstum der Spargelder und einer geringeren Zinsdifferenz - gegenwärtig betrage sie nur noch 0,7% - einhergehe.

Die Spezialkommission habe den Eindruck gewonnen, dass die KB sehr zeitgemäss und effizient arbeite und den Ausbau der Kundenberatung weiterhin fördere. Sie gelte bei der Bevölkerung als solide Bank, und entsprechend gross sei das Vertrauen, das man in sie setze.

Im Klein- und Privatkreditbereich betätige sich die KB nur indirekt mit einer Beteiligung in Höhe von 80 Mio Franken an einer Gesellschaft der Kantonalbanken, der Lisca AG, die Darlehen zu sehr günstigen Zinskonditionen gewähre.

Die Abschreibungen, Rückstellungen und Verluste hätten sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 38% auf 41 Mio Franken reduziert, wobei die effektiven Verluste noch markanter zurückgegangen seien.

Die Zunahme der Reserven und Eigenmittel um ungefähr 38 auf über 804 Mio Franken werte seine Fraktion angesichts der Ereignisse in den Kantonen Bern, Solothurn und Waadt als ebenso erfreulich wie die Tatsache, dass damit die bankengesetzliche Minimaldeckung, die im Falle der Basellandschaftlichen Kantonalbank mit 502 Mio Franken zu veranschlagen sei, deutlich übertroffen werde. Mit einer Überdeckung von 60% rangiere sie innerhalb des Kantonalbankvergleichs auf Platz sechs.

Dass die KB erfolgreich operiere, könne auch der folgenden, kürzlich veröffentlichten Rangliste der Kantonalbanken für das Jahr 1994 entnommen werden:

Reingewinn pro Mitarbeiter:

1. Rang: *Basellandschaftliche Kantonalbank mit 67'000 Franken*
2. Rang: *Baselstädtische Kantonalbank mit 47'000 Franken*
18. Rang: *Zürcher Kantonalbank mit 34'000 Franken*

Das Personal der KB BL werde gefordert, aber auch gefördert.

Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonalbanken werde vorallem im EDV-Bereich gepflegt und neuerdings auch noch auf andere Bereiche ausgedehnt. Er begrüsse, dass die KB ihre Fühler auch über die Landesgrenze hinaus ins Badische und Elsässische ausstrecke.

Über die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze bestehe eine umfangreiche, vom Bankrat im März 1994 genehmigte Vorschrift, die auch der Kontrollstelle als Arbeitspapier diene.

Aus Sicht der SP seien starke Kantonalbanken mehr als wünschenswert, denn sie halte es für geradezu beängstigend, wie stark der Marktanteil der Grossbanken in der Schweiz zunehme, gemäss Statistik in den letzten knapp 40 Jahren von 27 auf 62%! Gleichzeitig sei der Marktanteil der Kantonalbanken von 35,5% auf bescheidene 25,5% zurückgegangen. Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden, z.B. dadurch, dass man der Entfaltung der Kantonalbanken zu "Vollbanken" keine Schranken setze. Der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Dr. Georg F. Krayer, habe anlässlich des Bankiertages 1994 mit gutem Grund folgendes ausgeführt:

"Wie auch immer eine Kantonalbank organisiert ist, sie muss bankgerecht und nicht politik- und parteikonform geführt werden."

Die Spezialkommission habe den Eindruck, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank diesen Grundsatz in der Vergangenheit beherzigt habe und dies - gemäss Aussage von Bankratspräsident Werner Degen - auch in Zukunft tun werde.

Die SP-Fraktion beantrage dem Rat einstimmig, den Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 1994 zu genehmigen um dem Personal den Dank auszusprechen.

VERENA BURKI beantrage namens der einstimmigen SVP/EVP-Fraktion, den Jahresbericht und die Rechnung der Basellandschaftlichen Kantonalbank für das Jahr 1994 zu genehmigen.

Schon anlässlich der Versammlung der Partizipations-scheininhaber sei sie von der Geschäftsphilosophie dieser Bank beeindruckt gewesen, und dieser Eindruck sei an der Sitzung der Spezialkommission bestätigt worden. Die KB scheine offensichtlich bemüht zu sein, sich in erster Linie auf die Bedürfnisse ihrer Kunden auszurichten. Dass sie dabei noch verdienen müsse, um ihre Angestellten entlohnen, die Gebäude- und Mietkosten decken und das für ihren Betrieb erforderliche Kapital verzinsen zu können, sei selbstverständlich. Die Spezialkommission habe aber den Eindruck gewonnen, dass dabei nicht die Gewinnmaximierung, für die es viele schlechte Beispiele gebe, sondern die Befriedigung der Kundenbedürfnisse im Vordergrund stehe.

Sie gestatte sich doch noch, ins Füllhorn des allgemeinen Lobes einen kleinen Wermutstropfen zu mischen, und zwar im Hinblick auf die kürzliche Bemerkung des Finanzdirektors und gleichzeitigen Vizepräsidenten des Bankrats, dass das Kleinkreditwesen als Krebsübel und Ursache vieler Steuererlass- und Stundungsgesuche betrachtet werden müsse. Aus dieser Sicht verhalte sich die Kantonalbank widersprüchlich, wenn sie via Tochter- und Enkelgesellschaften das Konsumkreditgeschäft betreibe.

Es bleibe nur zu hoffen, dass der rundum gute Eindruck, den diese Bank bei der Spezialkommission hinterlassen habe, nicht trüge.

WALTER JERMANN hat es angenehm überrascht, wie die Verantwortlichen der Bank alle Details offengelegt und alle von den Spezialkommissionsmitgliedern gestellten Fragen rückhaltlos beantwortet hätten. Mit dem präsentierten Resultat dürfe man sicher zufrieden sein. Für ihn sei es wichtig, dass die KB ein kundenorientiertes Diensleistungsangebot pflege, sich nicht scheue, neue Wege zu gehen, und Kundenfreundlichkeit zum Geschäftsprinzip erhoben habe.

Die CVP-Fraktion plädiere einstimmig dafür, die Jahresrechnung zu genehmigen und die gute Arbeit sowohl der Bankleitung, als auch des Personals herzlich zu verdanken.

EDITH STAUBER erklärt namens der Fraktion der Grünen Eintreten auf und Zustimmung zur Rechnung 1994. Unbestritten und für den kantonalen Finanzhaushalt erfreulich sei sicher die Tatsache, dass die Zuweisung an die Staatskasse wiederum 12 Mio Franken betrage, die Bank erneut eine leichte Wachstumssteigerung erzielt habe, die Stillen Reserven neuerdings offen ausgewiesen würden und die Eigenmittel um 38 Mio Franken zugenommen hätten.

In wirtschaftlicher Hinsicht habe die Kantonalbank sicher gut gearbeitet. Schon gute Tradition im Landrat habe aber die Forderung der Grünen nach einer verstärkten Frauenförderung an die Adresse der Kantonalbankleitung. Kürzlich habe der Kauffrauische Verein (SKV) in einer Umfrage festgestellt, dass vorallem Kaderfrauen und ältere Frauen lohnmassig benachteiligt würden. Nun wäre es interessant zu erfahren, wie es bei der KB in Sachen Lohnpolitik aussehe. Dazu habe sie schon im Januar 1992 eine schriftliche Anfrage eingereicht, die bis heute nicht beantwortet worden sei.

Auch fehle bei der Kantonalbank offensichtlich eine effiziente Karrierenplanung für Frauen. Denn nur damit sei erklärbar, dass man auch letztes Jahr wiederum zwei Männer ins oberste Kader der Bankleitung gewählt und somit dort oben die weibliche Präsenz nicht verbessert habe. Auf der Ebene der Sitzdirektionen seien die Frauen mit lediglich einer Direktorin krass untervertreten. Dagegen könnten vorallem Frauen Abbau-Opfer werden. Obwohl nämlich der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr um 30 Personen zugenommen habe, seien weitere Rationalisierungsmassnahmen im Bereich der Routinegeschäfte und des Zahlungsverkehrs vorgesehen. Fall diese einen Personalabbau zu Folge hätten, könnten vorallem Frauen die Betroffenen sein.

Erfreulicherweise sei die Kantonalbank neuerdings bereit, die Stillen Reserven in Höhe von 340 Mio Franken nicht mehr in der Rubrik "sonstige Passiven" zu verstecken, sondern offen auszuweisen, wie sie dies bereits vor einem Jahr mittels eines Postulats gefordert habe.

Trotz des neuen Transparenzverständnisses der Bankleitung könne sie nach einer dreistündigen Spezialkommissionssitzung Finanzleichen im Keller nicht ausschliessen. Es stehe aber fest, dass sich die Basellandschaftliche Kantonalbank mit 804 Mio Franken Eigenmitteln in der gesamtschweizerischen Bankenlandschaft sehen lassen dürfe.

PETER BRUNNER gibt bekannt, dass auch die SD-Fraktion vom sehr guten Jahresergebnis der Kantonalbank zustimmend Kenntnis nehme. Doch stelle sich auch für sie die grundsätzliche Frage, ob es noch eine Kantonalbank brauche und sich der Kanton eine mit einer unbeschränkten Haftung verbundene Staatsgarantie ihr gegenüber finanziell überhaupt leisten könne. Das Beispiel der Solothurner Kantonalbank habe ja gezeigt, dass ein Kanton in arge finanzielle Bedrängnis geraten könne, wenn er für sein ins Schlingern geratenes Institut geradestehen müsse. Durch den rasanten Wandel in der Bankenbranche würden die Kantonalbanken und die verantwortlichen Politiker herausgefordert, und auch der Landrat werde früher oder später nicht darum herumkommen, volkswirtschaftlich äusserst relevante Fragen zu diskutieren wie die, ob eine Privatisierung

oder eine Teilprivatisierung und eine Loslösung der Kantonalbank von ihren gesetzlichen Verpflichtungen auf die Dauer nicht auch für den Kanton von Vorteil wäre oder ob eine Aufrechterhaltung des Status quo mehr brächte. Noch habe der Kanton Zeit, ohne Zwang und wirtschaftlichen Druck nach einer Lösung zu suchen. Die Direktion der Basellandschaftlichen Kantonalbank scheine die Zeichen der Zeit erkannt zu haben, wie ihre Kooperationsbestrebungen zeigten.

Abschliessend müsse seine Fraktion im Zusammenhang mit der Beteiligung der KB an den drei Rheinparkhäusern in Birsfelden und der dort verfolgten Mietzinspolitik doch noch eine Kritik anbringen. Vor ungefähr zwei Jahren sei ihm seitens der Beamtenversicherungskasse und der Kantonalbank versprochen worden, dass man sich um sozialverträgliche Lösungen bemühen und die erforderlichen Mietzinserhöhungen in Grenzen halten werde. Während damals noch von maximal 50% die Rede gewesen sei, sollen Pressemeldungen zufolge die Mieten tatsächlich um bis zu 80% angehoben worden sein und bereits rund 200 Mieterinnen und Mieter Einspruch erhoben haben. Nach dem sehr guten Geschäftsergebnis erwarte er von der KB, dass sie nach Lösungen suchen werde, die vorallem langjährigen Mietern entgegenkomme.

Die SD-Fraktion trete auf das Geschäft ein und stimme dem Jahresbericht zu, doch erwarte sie von der Bank, dass sie sich in Birsfelden ein stückweit kooperativ verhalten werde.

://: Eintreten ist unbestritten.

**Landratsbeschluss
betreffend Jahresbericht und Rechnung für
das Jahr 1994 der Basellandschaftlichen
Kantonalbank**

Vom 21. Juni 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

Der Landrat genehmigt einstimmig den Bericht und die Rechnung der Basellandschaftlichen Kantonalbank für das Jahr 1994.

Verteiler:

- Basellandschaftliche Kantonalbank, Rheinstrasse 7, 4410 Liestal
- Finanz- und Kirchendirektion

*Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär*

*

Nr. 2643

**4. 95/89
Berichte des Regierungsrates vom 11. April
1995 und der Finanzkommission vom 12.
Juni 1995: Staatsrechnung 1994**

RUTH HEEB, Präsidentin der Finanzkommission, kommentiert den Kommissionsbericht und hebt hervor, dass die Staatsrechnung 1994 gegenüber der Vorjahresrechnung und dem Budget wesentlich besser abschneide. Die Laufende Rechnung schliesse praktisch ausgeglichen und die Investitionsrechnung leicht über dem Vorjahresniveau und nahe dem Budget ab. Die Selbst-

finanzierung habe sich gegenüber dem Vorjahr und dem Budget deutlich verbessert. Entsprechend stark sei auch die Selbstfinanzierungsquote gestiegen, nämlich auf fast 62%, während sie im Jahre 1993 lediglich 37,3% betragen habe und im Budget gar mit nur 15% veranschlagt gewesen sei. Der Finanzierungssaldo sei hingegen negativ geblieben, aber deutlich unter dem Vorjahresstand und krass unter dem Budget. In der laufenden Rechnung stehe einer leichten Zunahme des Gesamtaufwands ein stärkerer Anstieg des Ertrags gegenüber. Für den letzteren sei nebst der Staatssteuer der natürlichen Personen auch die Auflösung von Reserven verantwortlich.

Wenn es das Rechnungsergebnis zu würdigen gelte, dürfe man gewiss mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass der Erfolg der anhaltenden Sparanstrengungen in der kantonalen Verwaltungen zunehmend sichtbar zu werden beginne. Gleichzeitig sei aber eine ganze Reihe von Sonderfaktoren zu berücksichtigen, z.B. Mehrerträge von etwa 30 Mio Franken bei der Staatssteuer, die Auflösung von Rückstellungen im Zuge der BVB-Verkehrseinnahmensaldierung in Höhe von 10 Mio Franken und ein Sonderertrag von 13,3 Mio Franken bei der Auflösung stiller Reserven im Zusammenhang mit dem Erwerb des Schlosses Wildenstein. Ohne diese Sonderfaktoren wäre das Rechnungsergebnis sicher schlechter ausgefallen und das Defizit grösser geworden.

Dem Kapitel "Das Rechnungsergebnis im Überblick" ab Seite 4 des Kommissionsberichts könne u.a. entnommen werden, dass die Pro-Kopf-Verschuldung sich seit dem Jahre 1989 praktisch verdoppelt habe und nunmehr 4'065 Franken betrage.

Den Fraktionssprechern bleibe es vorbehalten, die Staatsrechnung 1994 aus ihrer Sicht zu würdigen. Was die weiteren Feststellungen der Finanzkommission im Detail anbelange, verweise sie auf ihren Bericht (Seite 5 ff).

Namens der einstimmigen Finanzkommission beantrage sie dem Rat, auf die Staatsrechnung 1994 einzutreten.

ADRIAN BALLMER dankt vorweg der Finanzkommissionspräsidentin für die trotz aller parteipolitischen Gegensätze objektive und seriöse Berichterstattung. Ob man mit dem Ergebnis der Staatsrechnung 1994 zufrieden oder unzufrieden sei und beispielsweise die Staatskasse für halb voll oder für halb leer halte, hänge von der Erwartungshaltung und der parteipolitischen Optik ab. Immerhin habe die Staatsrechnung bezüglich der wesentlichen Kennziffern "Cash flow" und Finanzierungssaldo markant besser als budgetiert und auch deutlich besser als im Vorjahr abgeschlossen. Es handle sich aber um einmalige Faktoren, die zu dieser Verbesserung vorwiegend beigetragen hätten.

Die Subkommissionen hätten mit Befriedigung feststellen können, dass sich die Budgetdisziplin der Regierung und Verwaltung verbessert habe und die Sparanstrengungen manifest zu werden begännen. Zusammen mit den anderen Faktoren sei dies der Grund dafür, dass sich der Saldo der laufenden Rechnung gegenüber dem Budget um knapp 67 Mio Franken verbessert habe. Trotzdem könne nicht von einem guten Rechnungsabschluss 1994 gesprochen werden, weil die Verschuldung auf gut 1 Mrd Franken angewachsen sei, zusätzliche Aufgaben bevorstünden und der Finanzplan steigende Finanzierungsfehlbeträge ankündige. Ein "Sparpaket III" mit zusätzlichen Massnahmen auf der Ausgabenseite

bleibe unverändert notwendig und dringlich. Befürworter einer Sanierung über die Einnahmen müsse er darauf hinweisen, dass im Rechnungsjahr 1994 einem Ertrag von 1'687 Mio Franken ein Aufwand von 634 Mio im Personalbereich, von 412 Mio im Bildungsbereich, von 334 Mio im Gesundheitsbereich und von 195 Mio Franken im Bereich der sozialen Wohlfahrt gegenüberstehe. Es sei einfach nicht möglich und noch nie möglich gewesen, Öffentliche Hände über Mehreinnahmen zu sanieren.

Mehr als von einem "Massnahmenpaket III" verspreche er sich aber von der Einführung geeigneter Führungsinstrumente wie Kostenrechnung, Controlling, Managementinformation im Rahmen des Projektes "Neues Rechnungswesen", das von der Finanzkommission kürzlich verabschiedet worden sei, und von der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes, von der er annehme, dass sie gelegentlich vor den Landrat kommen werde. Zeitlich und sachlich müsse diesen Massnahmen grössere Dringlichkeit zuerkannt werden als einem "Massnahmenpaket III".

Die FDP-Fraktion beantrage dem Rat, auf die Staatsrechnung 1994 einzutreten.

ESTHER AESCHLIMANN beantragt dem Rat namens der SP-Fraktion, auf die Staatsrechnung einzutreten und sie zu genehmigen. Bis zu einem gewissen Grad handle es sich bei der Rechnung um eine Momentaufnahme. Wenn diese auch kein rundum befriedigendes Bild zeige, so habe die Fraktion doch mit Genugtuung eine weitere Verbesserung der Budgetdisziplin und eine Zunahme des Selbstfinanzierungsgrades auf 62% feststellen können. Andererseits sei sie sich bewusst, dass das positive Ergebnis vor allem einmaligen Faktoren zugeschrieben und die Entwicklung der Schulden als problematisch beurteilt werden müsse. Was die letztere angehe, werde die Situation in Zukunft noch verschärft, weil die Steuersenkungsinitiative des Hausbesitzerverbandes Mindereinnahmen in der Grössenordnung von 14 Mio Franken zur Folge haben werde. In diesem Zusammenhang müsse sie persönlich das staatspolitische Verantwortungsgefühl gewisser Lokal- und Bundespolitiker in Zweifel ziehen.

Zum Erfolg der Sparbemühungen habe nebst der Regierung auch der Landrat massgeblich beigetragen, z.B. durch Reduktion des Teuerungsausgleich um 0,5% und Mitwirkung in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Sanierung der Staatsfinanzen. Die SP-Fraktion sei der Ansicht, dass die Ausgaben auch in Zukunft auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen seien, lehne aber unreflektierte "Schnellschüsse" im Ausgabenbereich weiterhin ab.

Wenn das "Massnahmenpaket III" im Sinne des Votum von Adrian Ballmer ausgestaltet und auf die Ausgabenseite beschränkt würde, wäre es nichts weiteres als ein "Sparpaket", das von der SP-Fraktion abgelehnt werden müsste, weil seinerzeit sie dem "Massnahmenpaket III" als einem sowohl die Einnahmen- wie die Ausgabenseite umfassenden Ganzen zugestimmt habe. Sie meine auch, dass das "Sanierungspaket II" ganz vollzogen sein müsse, ehe man an das Schnüren eines dritten Pakets denke. Falls sich ein weiterer Sanierungsbedarf ergeben sollte, komme für die SP-Fraktion ein "Sparpaket III" ganz sicher nicht in Frage. Sie werde jedenfalls nur zu einem ausgewogenen "Sanierungspaket", das auch die Einnahmenseite einschliesse, Hand bieten.

HILDY HAAS erklärt namens der SVP/EVP-Fraktion Eintreten auf die Staatsrechnung 1994. Sie betrachte es ebenfalls als erfreulich, dass die Sparmassnahmen zu greifen anfangen und die Laufende Rechnung positiv abschliesse. Allerdings bereite ihr die Entwicklung der Schulden grosse Sorgen, und sie finde, dass das Geld, das für den Schuldendienst aufgewendet werden müsse, nützlicher investiert werden könnte. Sie frage sich angesichts dieser Sachlage, ob nicht eine vorübergehende Reduktion der Investitionen ins Auge gefasst werden müsste. Hingegen halte sie die Zielsetzung für richtig, dass ein Selbstfinanzierungsgrad von 75% angestrebt werden müsse.

Die SVP/EVP-Fraktion beantrage dem Rat, die Staatsrechnung 1994 zu genehmigen.

JOSEF ANDRES gibt bekannt, dass die CVP-Fraktion die Staatsrechnung 1994 weder unter die guten, noch unter die schlechten, sondern unter die weniger schlechten Rechnungen einordne. Wie bereits zutreffend erwähnt worden sei, hätten vorallem einige Sonderfaktoren in mehrfacher Millionenhöhe zu dieser weniger schlechten Rechnung beigetragen. Mittel- bis langfristig verbleibe der Kanton Basel-Landschaft in einer kritischen Finanzlage.

Die vorliegende Staatsrechnung würdigen zu müssen, bedeute für ihn, in eine Art Wechselbad der Gefühle zu tauchen. So vermöge der etwas bessere Finanzierungssaldo nicht darüber hinwegzutäuschen, dass man nach Finanzplan bis zum Jahre 2000 mit Defiziten bis zu 160 Mio Franken zu rechnen habe. Auch bezüglich des Selbstfinanzierungsgrads, der derzeit bei einigermassen erträglichen 62% liege, dürfe man sich keinen Illusionen hingeben, denn langfristig werde er mit kläglichen 30% prognostiziert. Wenn man das Ziel von 75% erreichen wolle, komme man also um weitere Verbesserungs-massnahmen nicht herum. Positiv und zu loben sei hingegen die Budgetdisziplin, weil daraus geschlossen werden könne, dass jetzt effizienter mit dem Geld umgegangen werde. Andererseits müsse in verschiedenen Bereichen ein ungebremstes Wachstum konstatiert und deshalb davon ausgegangen werden, dass man die Ausgabenseite noch nicht im Griff habe; dafür spreche besonders die nach wie vor klar überproportionale Zuwachsrates in den Bereichen Umwelt und Raumordnung, Soziale Wohlfahrt und Volkswirtschaft. Bei den Personalkosten sei hingegen keine wesentlich über die Teuerung hinausgehende Zunahme festzustellen. Als weiteres Positivum dürfe auch die seit 1987 erstmals wieder rückläufige Staatsquote verzeichnet werden.

Zu ernsthafter Beunruhigung Anlass gebe das Verhalten des Bundes, der sich zufolge seiner eigenen schlechten Finanzlage immer wie mehr aus der Mitverantwortung stehle. Der Kommissionsbericht gehe im Zusammenhang mit den Bundesbeiträgen und dem Darlehen an die Arbeitslosenversicherung näher auf die Problematik ein.

Die Dramatik der Schuldenentwicklung lasse sich an der Tatsache erkennen, dass der Kanton Basel-Landschaft heute pro Tag etwa 170'000 Franken Schuldzinsen bezahle und an Schuldentilgung nicht zu denken sei.

Abschliessend müsse er feststellen, dass trotz des einigermassen befriedigenden Rechnungsergebnisses im Jahre 1994 keine Anzeichen einer Trendwende auszumachen seien, bei der Budgetierung noch viel zu viel fortgeschrieben und zum Teil weiterhin Geld ausgegeben werde, das man nicht habe. Obwohl den "Sanierungs-

paketen I und II" ein gewisser Erfolg nicht abgesprochen werden könne, sei ein "Sanierungspaket III" absolut unverzichtbar. Für die CVP-Fraktion stehe dabei die Beendigung der Schuldenwirtschaft, also zumindest die Stabilisierung des Schuldenbergs im Vordergrund. Wenn dies nicht gelinge, riskiere man, dass die künftigen Generationen nicht einmal mehr in der Lage wären, die Zinsen zu bezahlen, geschweige denn Rückzahlungen zu leisten. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 60% sei für seine Fraktion das absolute Minimum. Langsam müsse der Einsicht zum Durchbruch verholfen werden, dass der Staat kein Geld mehr ausgeben dürfe, das er nicht habe. Effizienter Umgang mit staatlichen Mitteln müsse belohnt werden, aber auch eine Verbesserung der Kontrollmechanismen im Sinne des Projektes "Neues Rechnungswesen" und eine ständige Überprüfung der Staatsaufgaben und der Subventionen sei unverzichtbar, und zwar unter der Prämisse: *"Verzicht auf das Wünschbare und Konzentration auf das Machbare!"*

Die CVP-Fraktion sei einstimmig für Eintreten auf die Staatsrechnung 1994.

EDITH STAUBER stellt fest, dass die Staatsrechnung 1994 mit einem Überschuss von rund 2 Mio Franken abschliesse, also mit schwarzen Zahlen, statt mit einem tiefroten Defizit von 65 Mio Franken, wie dies die Regierung vor Jahresfrist im Budget 1994 prognostiziert habe. Die Fraktion der Grünen frage sich, weshalb die Regierung nicht in der Lage sei, dem Parlament realistische Finanzpläne vorzulegen.

Sie habe bereits anlässlich der Behandlungen der Rechnungen der Jahre 1992 und 1993 festgestellt, dass sie jeweils besser als budgetiert ausgefallen seien. Ein kumulierter Vergleich von Budget und Rechnung zwischen 1991 und 1994 habe ergeben, dass sich die Fehlprognosen in der Laufenden Rechnung auf 120 Mio Franken und beim Finanzierungssaldo, also bei der Neuverschuldung, auf 162 Mio Franken belaufen hätten.

Diese repressive Budgetpolitik, die der Regierung als taktischer Spielraum zum Abbau im Sozial- und Umweltbereich diene - so kürzlich zur Stellenstreichung beim "Umwelttelefon" -, müsse doch dem Parlament zu denken geben. Die Grünen forderten darum schon seit Jahren einen realistischen Finanzplan, der die mittelfristige Entwicklung der Kantonsfinanzen zuverlässig aufzeige und nicht Spielräume in der Höhe von jährlich 70 Mio Franken zulasse. Die finanzpolitische Analyse der Grünen jedenfalls werde Jahr für Jahr bestätigt, nämlich dass die sachliche Notwendigkeit von Sparübungen vorallem im Personal- und Bildungsbereich fehle.

In Übereinstimmung mit der Interfraktionellen Arbeitsgruppe anerkenne auch die Fraktion der Grünen, dass auf der Ausgabenseite gespart werden müsse. Grosse Sparpotentiale sehe sie in veralteten, umweltschädigenden Bauprojekten wie jenem betreffend den Bau der J2. Darum habe sie zusammen mit dem "Verein Pro Ergolz" zwei Gesetzesinitiativen - "Ausbau des öffentlichen Verkehrs" und "Ausbau der Rheinstrasse" - lanciert. Allein mit dem Verzicht auf den Ausbau der J2 könnten bei Realisierung dieser beiden Initiativen mindestens 100 Mio Franken eingespart werden.

Sie erinnere die Regierung im weiteren daran, dass der Landrat im Frühling 1993 ihr Postulat für eine ökologische Steuerreform überwiesen habe. Obschon dieses Thema gesamtschweizerisch und international an Bedeutung gewinne, scheine sich im Baselbiet noch nichts zu bewegen. Dabei hätte die Regierung die Möglichkeit,

eine neue Steuerart einzuführen, wie zum Beispiel eine Zusatzsteuer für Zweitautos oder für Fahrzeuge mit Klimaanlage. In der Schweiz sei bald jeder dritte Neuwagen mit einer solchen ausgestattet. Auf das angeschlagene Erdklima wirke sich dieser Boom verheerend aus, denn die Kältemittel zerstörten die Ozonschicht und heizten so die Atmosphäre auf. Zwar habe die Regierung das "Klimabündnis" mit seiner Forderung nach Halbierung der CO₂-Emissionen bis ins Jahr 2010 unterschrieben und erfreulicherweise auch eine Veranstaltungsreihe finanziell unterstützt. Konkrete Massnahmen - und anders als über das Portemonnaie gehe es nun einmal nicht - liessen aber weiterhin auf sich warten.

Die Fraktion der Grünen sei für Eintreten und stimme der Staatsrechnung zu, fordere aber nachdrücklich eine Neuorientierung der Finanzpolitik auf ökologischer Basis.

RUDOLF KELLER stellt fest, dass die Zeit der mageren Jahre keineswegs vorbei und jene der fetten Jahre noch nicht angebrochen sei. Diese Aussage sei für die SD-Fraktion im Zusammenhang mit dieser Rechnung die wichtigste. Sie stimme ihr auch zu und konstatiere mit Befriedigung, dass der Rechnungsabschluss besser ausgefallen sei als auch schon. Das relativ gute Ergebnis könne vor allem den Sparanstrengungen des Landrats und der Regierung zugeschrieben werden. Allerdings dürfe nicht behauptet werden, dass damit die Finanzprobleme des Kantons bereits gelöst seien. Die Schweizer Demokraten hätten aus diesem Grund ein weiteres Sparpaket verlangt; sie erwarteten nun vom Regierungsrat, dass er dem Landrat unverzüglich eine einschlägige Vorlage unterbreiten werde.

Es müsse gelingen, die längerfristige Verschuldung und damit die Höhe der Schuldzinsen zu reduzieren. Die SD-Fraktion halte ausdrücklich fest, dass sie vom Kanton Bern einen grösseren Laufentalbeitrag erwartet hätte und nach wie vor Steuererhöhungen und Sondersteuern zur Finanzierung von Einzelprojekten ablehne. Die letzteren müssten im Rahmen der normalen Rechnung Platz haben. Je mehr Geld vorhanden sei, umso verschwenderischer werde damit umgegangen. Es sei klar, dass kaum mehr mit der Rückzahlung der Arbeitslosenkassen-Darlehen durch den Bund gerechnet werden dürfe; es handle sich dabei um Investitionen, die abgeschrieben werden müssten. Leider müssten in nächster Zeit seitens des Bundes zusätzliche Belastungen grösseren Ausmasses erwartet werden, die nur durch eine sehr zurückhaltende kantonale Finanzpolitik einigermassen aufgefangen werden könnten.

Positiv würdige seine Fraktion die Tatsache, dass die Staatsquote seit vielen Jahren erstmals wieder leicht zurückgegangen sei. Sie erachte es auch als erfreulich, dass es der Regierung gelungen sei, relativ präzise zu budgetieren, wie die gegenüber früher geringeren Unterschiede zwischen Budget und Rechnung zeigten.

Insgesamt ermuntere die SD-Fraktion Landrat und Regierung, nicht locker zu lassen und ganz simpel und einfach weiterzusparen. In diesem Sinne trete sie auf die Rechnung ein und stimme ihr auch zu.

*Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär*

*

HANS FÜNFSCHILLING dankt für die gute Aufnahme. Zu Adrian Ballmer: Wir haben bisher die Löhne immer

bezahlen können. Die Frage ist nur, woher dieses Geld kommt. Wenn man den Finanzplan betrachtet, sieht man, dass etwas unternommen werden muss. Andernfalls steigt der Anteil der Schuldzinsen, wodurch der finanzielle Handlungsspielraum verloren ginge. Zu Hil- dy Haas: In Jahren, in denen man rechnermässig gut abschloss, hat man teilweise über 100 Mio Franken weniger investiert. So ist es natürlich einfach, gute Rechnungsabschlüsse vorzulegen. Dann ist es aber einfach die nachfolgende Generation, welche zur Kasse gebeten wird. Wenn wir heute nicht investieren, müssen es einfach unsere Nachkommen tun. Bezüglich des Sanierungspaketes legen wir im Moment das Schwergewicht darauf, die Instrumente zu schaffen, um diese Sanierung überhaupt vornehmen zu können. Dazu gehört u.a. ein neues Finanzhaushaltsgesetz. Im übrigen warten wir noch immer darauf, ob die Punkte, welche im Sanierungspaket enthalten waren, vor Landrat und Volk überhaupt Gnade finden. *Mehr* zu sparen, ist nicht möglich, denn das würde heissen, Geld auf die Seite zu legen. Wir haben aber dieses Geld gar nicht, sondern nur Schulden. Zu den Darlehen der Arbeitslosenversicherung: Der Bund hat inzwischen begonnen, diese zurück-zuzahlen. Diese Rückzahlungen sind aber nicht so hoch wie unsere Mehrausgaben. Zum Laufental: Auch wir haben von Seiten des Kantons Bern mehr erwartet. Man kann aber letztlich nur das erhalten, was vorhanden ist. Persönlich hofft er, dass der nächste Rechnungsabschluss ebenso gut ausfallen wird. Allerdings müssen wir annehmen, dass dies nicht der Fall sein wird.

HANS RUDI TSCHOPP: Es dünkt ihn, die Auffassungen zwischen Finanzdirektion und -kommission bezüglich der Steuerausstände seien unterschiedlich.

KURT LAUPER: Der FDP-Sprecher erklärte, es sei noch nie möglich gewesen, den öffentlichen Finanzhaushalt über die Einnahmen zu sanieren. Dem ist aber nicht so. Wie kommt die CVP zu ihren Aussagen, welche den Wahlslogans diametral gegenüberstehen? Die Schweizer Demokraten haben sich in Bern sehr vehement für eine Steueramnestie eingesetzt. Die Steuern, welche dem Bund fehlen, haben aber auch Auswirkungen auf die Kantone, weil sie ja vom Bund entsprechend geringere Anteile erhalten.

ADRIAN BALLMER: Tatsache ist, dass der Kanton anfangs der 90er Jahre immer Mehreinnahmen erzielte. Der Aufwand ist jedoch wesentlich stärker angestiegen.

JOSEF ANDRES verweist auf S. 14 der Staatsrechnung. Daraus sieht man, welche Positionen in den letzten Jahren überproportional gewachsen sind. Wenn er sagt, es gäbe für ihn kein Tabu, bedeutet dies noch keinen Sozialabbau.

HANS FÜNFSCHILLING: Zur Frage von Hans Rudi Tschopp ist zu bemerken, dass die Zahlen in der Tabelle die "ordentlichen" Steuerzahler betreffen, also jene, welche schon anfangs Jahr im Kanton wohnhaft waren. Den Kauf des Schlosses Wildenstein hat man ausserordentlich abgeschrieben. Darum ergibt sich eine entsprechend hohe Abschreibungsquote. Die Grundstückssteuern sind darum höher ausgefallen, weil der Markt diesbezüglich wieder angezogen hat.

://: Eintreten ist unbestritten.

In der **Detailberatung** wird das Wort nicht verlangt und den Ziffern 1 und 2 jeweils einstimmig zugestimmt.

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 1994

Vom 21. Juni 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Vom Bericht der Kantonalen Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 1994, vom Bericht der Kantonalen Finanzkontrolle zur Jahresrechnung 1994 der Ingenieurschule beider Basel und vom Bericht der Kontrollstelle der Motorfahrzeugprüfstation beider Basel zur Jahresrechnung 1994 wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Es werden genehmigt:
 - 2.1 die Staatsrechnung 1994, bestehend aus:
 - a. der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung);
 - b. den Spezialrechnungen (Rheinhafen, Ingenieurschule, Motorfahrzeugprüfstation);
 - c. den Bestandesrechnungen (Vermögensrechnungen)
 - 2.2 die Jahresrechnungen 1994 der staatlichen Fonds und Stiftungen;
 - 2.3 die Bauabrechnungen der Rheinhafenverwaltung:
 - a. Sanierung der Hard- und der Hafenstrasse (Konto 14964) mit Kosten von Fr. 279'788.10 (Kredit Fr. 300'000.--);
 - b. Projektauftrag für Geleise längs des Verbindungsquais (Konto 14959) mit Kosten von Fr. 134'785.95 (Kredit Fr. 250'000.--);
 - c. Projektauftrag für Duckdalben am Verbindungsquai zwischen Birsfelder- und Auhafen (Konto 14953) mit Kosten von Fr. 22'184.85 (Kredit Fr. 50'000.--).

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 2644

5. 95/113 Berichte des Regierungsrates vom 16. Mai 1995 und der Finanzkommission vom 14. Juni 1995: Änderungen im Voranschlag 1995

RUTH HEEB: Die Finanzkommission hat einstimmig beschlossen, auf die beantragten Änderungen einzutreten. Wesentlich ist, dass ein zusätzlicher Kredit in die Vorlage aufgenommen werden soll für die Einführung des neuen Rechnungswesens. Leider wird es nicht möglich sein, die entsprechende Vorlage noch vor den Sommerferien im Plenum zu verabschieden. Die Verwaltung möchte aber mit den entsprechenden Arbeiten in den kommenden Wochen beginnen. Allerdings möchte die Kommission dies nicht als Präjudiz behandelt wissen. Beim neuen Rechnungswesen handelt es sich um einen eigentlichen Quantensprung. Die Kommission kam zum Schluss, dass man dem Projekt einen Bärendienst erweisen würde, wenn man nun eine sture Haltung einnehmen würde. Deshalb bittet sie, diesbezüglich ein Auge zuzudrücken. Das zeitliche Management war in dieser Sache etwas unglücklich und sollte wenn immer möglich nicht mehr vorkommen.

ADRIAN BALLMER: Die FDP-Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu. Das von der Kommissionspräsidentin erwähnte Vorgehen bezüglich des Zusatzes ist nicht üblich und sollte nicht zur Gewohnheit werden. Es ist aber erfreulich, dass die Kommission diesem Vorgehen trotzdem einstimmig zugestimmt hat. Ein Stop wäre für dieses Projekt tödlich. Es sollte im Gegenteil zügig durchgezogen werden, und das Vorgehen kann auch entsprechend begründet werden. Er bittet deshalb, diesem Antrag integral zuzustimmen.

KURT LAUPER: Die SP kann diesem Änderungen ebenfalls zustimmen. Das gilt auch für den Zusatzantrag, weil man einsieht, dass die kommenden Sommermonate entsprechend genutzt werden sollten.

JOSEF ANDRES: Auch die CVP ist für Eintreten und man steht auch hinter dem Antrag bezüglich des neuen Rechnungswesens.

ERICH STRAUMANN stellt die Frage, ob in den Kosten bezüglich der Bodenkartierung (Konto 318.20-1) auch die Ausbildung des Verwaltungspersonal eingeschlossen sei. Könnten die entsprechenden Spezialisten aus der Bundesrepublik nicht zu uns kommen statt umgekehrt?

EDITH STAUBER: Die Grünen stimmen den Nachtragskrediten ebenfalls zu. Man ist für Eintreten.

HANS FÜNFSCHILLING: Bezüglich der Frage von Erich Straumann hat man ausgerechnet, was den Kanton billiger zu stehen kommt. Es ist tatsächlich günstiger, wenn 3 Leute von uns in die BRD reisen.

EDUARD BELSER: Der Budgetprozess für dieses Jahr war schon abgeschlossen, als der Landrat diesen Posten entgegen den Willen der Regierung - verlangte.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

In der **Detailberatung** wird das Wort nicht verlangt und dem Landratsbeschluss wird **einstimmig zugestimmt**.

Landratsbeschluss s. Anhang

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 2645

6. 95/105 Berichte des Regierungsrates vom 2. Mai 1995 und der Personalkommission vom 8. Juni 1995: Gleichstellung der Handarbeitslehrerinnen mit den Hauswirtschaftslehrerinnen

ADOLF BRODBECK, Präsident der Personalkommission, erläutert den Kommissionsbericht. Es geht hier um einen Sonderfall und nicht etwa um eine Funktionsüberprüfung der noch immer geltenden analytischen Bewertung. Man rüttelt also nicht etwa am Lohnsystem. Die Voraussetzungen haben sich aber im Verlaufe der vergangenen 20 Jahre völlig verändert. Die Gleichstellung bedeutet, dass zwei typische Frauenberufe einander angeglichen werden. Betroffen ist eine Gruppe von 310 Lehrpersonen, welche aber mehrheitlich in Teilpensen arbeiten. Die Anzahl der Vollstellen ist nicht bekannt.

Die Lohnerhöhung beträgt 6 - 6,8 %. Im schweizerischen Quervergleich steht Baselland damit sehr gut da. Die entstehenden Mehrkosten können auf viele Schultern verteilt werden. Pro Gemeinde betragen diese etwa 8`000 Franken. Bezüglich Besoldungsrevision zeigt sich, dass der Einreichungsplan am meisten Korrekturen wird erfahren müssen. Der neue Landrat wird dannzumal entscheiden müssen, ob man diese Besoldungsänderung haben will oder nicht.

MARGOT HUNZIKER: Die vorgesehene Dekretsänderung ist richtig. Die grosse Mehrheit der Gemeinden hat ihr ebenfalls zugestimmt. Es ist auch an der Zeit, dass die Besoldungsrevision endlich an die Hand genommen wird, denn es liegen noch viele andere Begehren auf dem Tisch, welche endlich behandelt werden müssten. Sie bittet, dieser Vorlage zuzustimmen.

SUSANNE BUHOLZER: Die FDP ist - bei zahlreichen Enthaltungen - für Eintreten auf die Vorlage. Die Ausbildung für beide Berufe ist seit einigen Jahren einheitlich auf 3 Jahre festgesetzt worden. Die Aufgaben und Pensen sind die gleichen. Es ist aber ein grosses Anliegen, dass man am Lohngefüge keine Änderungen vornimmt.

MARCEL METZGER: Die CVP ist ebenfalls für Eintreten und Zustimmung. Ein gewisses Unbehagen hat man wegen des Umfeldes. In kurzer Zeit ist dies bereits die zweite Änderung im Besoldungswesen. Man erwartet deshalb, dass man mit der Anpassung des Beamtengesetzes nun zügig vorwärts macht, damit die Besoldungsrevision an die Hand genommen werden kann.

RÖS GRAF: Die Grünen unterstützen diese Gleichstellung. Die beiden Berufe weisen seit Jahren die gleiche Ausbildungsdauer auf. Es ist darum an der Zeit, sie auch besoldungsmässig einander gleichzustellen. Es gibt noch verschiedene andere Berufe - vor allem Frauenberufe - welche auf die lange Bank geschoben werden. Dies ist unerfreulich.

PETER BRUNNER: Auch die Schweizer Demokraten können dieser Gleichstellung zustimmen. Zu denken gibt allerdings die Stellungnahme einzelner Gemeinden, welche eher eine Reduktion der Besoldungen wollen.

HANS SCHÄUBLIN: Die SVP/EVP stimmt dieser Vorlage ebenfalls zu, weil man die Gleichstellung als richtig erachtet.

BRUNO WEISHAUP: Es sind bei der Beratung dieser Vorlage auch noch ein paar kritische Bemerkungen anzubringen. Man weiss, dass es noch weitere Begehren um Besoldungsanpassungen gibt. Eines davon ist jenes der Lehrerinnen für Spitalberufe. Dabei handelt es sich um eine Berufsschule, doch sind die Lehrkräfte seit jeher um einiges tiefer eingestuft als die Kollegen der übrigen Berufsschulen. Bereits im Jahre 1989 sind auf dem Dienstweg entsprechende Begehren eingereicht worden. Bisher ist aber nichts gegangen, obwohl diese Lehrkräfte von der Aufsichtskommission unterstützt worden sind. Im Jahre 1991 wurde ein entsprechendes Postulat eingereicht, welches dann im Jahre 1993 überwiesen wurde. Auf eine entsprechende Anfrage hin wurde mitgeteilt, der Landrat werde im Jahre 1995 über eine neue Besoldungsordnung beschliessen. Dem ist nun aber nicht so, und trotzdem wird nun eine Besoldungsanpassung für eine bestimmte Berufskategorie vorgeschlagen. Warum wird das Begehren der Lehrerinnen für Spitalberufe immer auf die lange Bank geschoben? Wie lange

dauert es noch, bis die Besoldungsrevision endlich an die Hand genommen wird?

HANS FÜNFSCHILLING: Es liegen mehrere Begehren auf dem Tisch, und allen wurde erklärt, dass diese im Zusammenhang mit der generellen Besoldungsneuordnung behandelt würden. Die Geschichte dieser Revision ist bekannt. Man wird nun die Arbeiten daran wieder aufnehmen. Wie schnell dies vorwärts geht, hängt von der Zusammenarbeit mit den Personalverbänden ab. Man kann sich bei der ganzen Sache auch auf Erfahrungen in unseren Nachbarkantonen abstützen, was ein rascheres Vorwärtskommen ermöglicht. Vorgezogen hat man die heute zur Diskussion stehende Kategorie, weil ein interner Vergleich sehr einfach gezogen werden kann, während dies bei der Schule für Spitalberufe sehr viel komplexer ist.

ADOLF BRODBECK: Das letzte mal hat man am Besoldungssystem gerüttelt bei der Einreihung der Direktionsekretäre. Dies ist aber schon einige Jahre her. Im vorliegenden Fall hingegen rüttelt man am System selbst eigentlich nicht.

://: Eintreten auf die Vorlage ist unbestritten.

Zum **Dekretsentwurf** wird das Wort nicht verlangt.

://: Dem unterbreiteten Landratsbeschluss wird einstimmig zugestimmt.

**Landratsbeschluss
betreffend Gleichstellung der Handarbeitslehrerinnen mit den Hauswirtschaftslehrerinnen**

Änderung vom 21. Juni 1995

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Das Dekret vom 17. Mai 1979 zum Beamtengesetz wird wie folgt geändert:

Anhang I, Ämterklassifikation - (Einreichungsplan)

Lohnklasse 15, Erziehungs- und Bildungsfunktionen: Handarbeitslehrerin wird gestrichen.

Lohnklasse 14, Erziehungs- und Bildungsfunktionen: neu Handarbeitslehrerin.

2. Diese Änderung tritt am 24. Juli 1995 in Kraft.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 2646

**7. 95/40-10
Berichte des Regierungsrates vom 11. April 1995 und der Spezialkommission vom 2. Juni 1995: Jahresbericht 1994 des Sicherheitsinspektorates Kanton Basel-Landschaft**

WILLI BERNEGGER, Präsident der Spezialkommission, erläutert den Kommissionsbericht. Es handelt sich um

den letzten Bericht, der von der Spezialkommission vorgelegt wird. In den vergangenen 9 Jahren - nach dem Ereignis von Schweizerhalle - ist nichts mehr passiert. Das zeigt, dass man offenbar gut gearbeitet hat. Wer ist dafür verantwortlich? In den einzelnen Firmen spielen die Sicherheitsfragen heute eine sehr grosse Rolle. Aber auch die staatliche Tätigkeit hat ihren Einfluss. All jenen, welche hier positiv wirken, möchte er an dieser Stelle herzlich danken. Dieser Dank gebührt auch den Mitgliedern der Spezialkommission, welche sich sehr intensiv mit der Materie befasst haben. Die Kommission empfiehlt, den Jahresbericht zu genehmigen.

PETER TOBLER möchte Willi Bernegger namens der übrigen Kommissionsmitglieder für die souveräne Leitung der Kommission danken. Es wurde erreicht, dass Regierung, Verwaltung und Landrat am gleichen Strick ziehen. Wichtig ist nun die Frage, wie es weitergehen soll. Die angefangenen Risikoanalysen müssen zu Ende geführt werden. Man weiss aber noch nicht, welche Massnahmen im Bereich "Verkehr" getroffen werden müssen. Wenn alle Ergebnisse vorliegen, wird man die Massstäbe überprüfen müssen. Notwendig ist auch eine Koordination mit den Nachbarkantonen, insbesondere mit Basel-Stadt. Vor allem aber muss die Koordination mit dem Bund klappen. Eigentlich wollte man eine umfassende Sicherheit, es fehlen aber die gemeinsamen Massstäbe. Dies wird also weiterhin eine grosse Aufgabe sein. Was kann der Regierungsrat tun? Die Regierung muss in jenem Teilbereich, für welchen sie kompetent ist, diese Sicherheitspolitik weiterführen. Der Kanton sollte versuchen, einheitliche Massstäbe durchzusetzen.

HEIDI PORTMANN: Die gute Arbeit des Sicherheitsinspektorates sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in unserer Region noch immer grosse Risiken gibt. Sie bittet den Regierungsrat, bei den SBB bezüglich der Risikoermittlung energisch vorstellig zu werden. Bezüglich der Chlortankanlagen in Schweizerhalle ist festzuhalten, dass ein Unglück verheerende Folgen hätte. Die Experten sprechen davon, dass mehrere tausend Tote zu beklagen wären. Von zuständiger Stelle wird nun aber behauptet, dass ein solcher Unfall gar nicht möglich sei. Dies kann aber trotz aller Massnahmen nie ganz ausgeschlossen werden. Zu den Atommülltransporten: Die Risikoermittlung der SBB liegt noch immer nicht vor. Da müsste man ebenfalls vorstellig werden, umso mehr, als diese Transporte absolut keinen Sinn machen.

ALFRED PETER: Die CVP nimmt mit Befriedigung von diesem Jahresbericht Kenntnis. Er zeigt, dass das Gefahrenpotential mit Umsicht analysiert wird. Auch die nötigen Massnahmen zur Vorsorge werden mit Vernunft und Umsicht angegangen. Die Situationen werden gründlich abgeklärt, und es ist zu hoffen, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird.

VERENA BURKI: Auch die SVP/EVP nimmt mit Befriedigung vom Jahresbericht Kenntnis. Offensichtlich war die Arbeit des Sicherheitsinspektorates und der Betriebe im Jahre 1994 erfolgreich. Von 26 Ereignissen hat nur ein einziges zu einem Störfall geführt. Mehr als die Hälfte dieser Ereignisse ergaben sich beim Transport. Der Bund hat seine Hausaufgabe noch nicht gemacht, denn die Risikoanalyse der SBB liegt noch immer nicht vor. Man bittet darum den Regierungsrat, entsprechend vorstellig zu werden.

DANIEL MÜLLER: Vor 10 Jahren hat der Brand in Schweizerhalle den Landrat sehr stark beschäftigt, später aber nicht mehr. Sehr rasch hat man verdrängt, wie nahe unser Kanton an einer Katastrophe vorbeiging. Ein

Resultat jener Nacht war die Einrichtung des Sicherheitsinspektorates. Diesem wird nun von allen Seiten seriöse Arbeit zugebilligt. Ein Defizit besteht diesbezüglich noch beim Zivilschutz. Die Grünen nehmen vom Jahresbericht des Sicherheitsinspektorates Kenntnis.

PETER DEGEN: Auch die Schweizer Demokraten nehmen den Jahresbericht zur Kenntnis und danken den Mitarbeitern des Sicherheitsinspektorates für die sehr gute Arbeit. Eine 100%ige Sicherheit wird es nie geben, doch können die Gefahren gemindert werden.

ROLF RÜCK: Die Beilagen zum Jahresbericht sind sehr informativ. Mehr braucht der Landrat eigentlich gar nicht zu wissen. Es ist nicht Aufgabe des Landrates, die technischen Regeln zu erlassen. Wenn jemand Details erfahren will, kann er sich an das Sicherheitsinspektorat wenden.

*Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär*

*

BEGRÜNDUNG DER PERSÖNLICHEN VORSTÖSSE

Nr. 2647

95/135

Postulat von Peter Minder: Umgestaltung der Altmarktkreuzung (Liestal) in einen Kreisell, bezw. in ein Oval mit Kreisellverkehr

Zum Vorstoss keine Wortmeldung.

**Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär**

*

**Die nächste Landratssitzung findet statt
am**

22. Juni 1995

*

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrates

der Präsident:

der Landschreiber:

